

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erste Ausgabe am 1. Juli, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch Träger u. and. Vertretungen frei ins Haus monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.95 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Einzelnenpreis: In Wiesbaden und Provinz Nassau 30 Pf., Restbezugspreis 1.35 M.; außerhalb 35 Pf., Restbezugspreis 1.75 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 308

Montag, 7. Juli 1919.

73. Jahrgang

Letzte Nachrichten

Drahtmeldungen der „Wiesbadener Zeitung“.

Die deutsche Friedensdelegation.

Dr. Herr v. Versalles, der neue Vorsitzende.

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli.
Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Legationsrat Dr. Herr v. Versalles, übermittelte heute Vormittag Clemenceau folgende Note: Am Auftrag des Reichsministers des Auswärtigen beehre ich mich, Eurer Exzellenz anzudeuten, daß ich zum Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation ernannt wurde. Gesehentlich Sie, Herr Präsident, die Vertretung meiner ausgezeichneten Hochachtung. (gez.) Dr. Herr v. Versalles.

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli.
Die internationale Kommission für die Durchführung des Friedensvertrages wählte in ihrer gestrigen konstituierenden Versammlung André Tardieu zum Vorsitzenden.

Was ist zu ratifizieren?

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli.
Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Legationsrat Dr. Herr v. Versalles, übermittelte gestern Abend Clemenceau folgende Note:
Die deutsche Regierung nimmt an, daß der Friedensvertrag selbst, nicht dagegen das Protokoll und die Vereinbarung über die bestrittenen Gebiete, zu ratifizieren sind. Eurer Exzellenz darf ich um Mitteilung bitten, ob die alliierten und assoziierten Regierungen diese Auffassung teilen. Sollten die alliierten und assoziierten Regierungen auch die Ratifikation des Protokolls und der Vereinbarung beabsichtigen, so würde dies auch deutscherseits geschehen. Als dann müßte wohl für den Friedensvertrag und für das Protokoll eine gemeinsame Ratifikationsurkunde und für die Vereinbarung eine zweite Ratifikationsurkunde ausgestellt werden. Eurer Exzellenz würden mich durch eine baldige Antwort zu Dank verpflichten.

Saarbrückens Vertretung im Völkerrat.

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli.
Als Kandidat des Saarlandes für den Völkerrat wurde vor einiger Zeit der Name von Hoch-Reichmann genannt. Demokratische Blätter des Saargebietes bringen jetzt die Meldung, daß der Buchdruckereibesitzer und Herausgeber der „Saarbrücker Zeitung“, Hofer, für diesen bedeutungsvollen Posten in Aussicht genommen ist. Hofer gehört zu den altingesessenen Familien des Saargebietes.

Hilfe für ausgewiesene Deutsche.

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli.
Wie wir erfahren, werden für die aus den abzutretenden Gebieten nach Deutschland zurückwandernden Deutschen, ebenso für die aus Elsaß-Lothringen zwangsweise Ausgewiesenen, größere Stützmittel des Reiches bereitgestellt.

Auch in Portugal.

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli. (Lissabon).
Die Regierung hat die Verhaftung der Führer der gegenwärtig im Auslande befindlichen Eisenbahner-Unionen angeordnet, da sie überzeugt ist, daß die Streikenden nach Vollbringung vom Sabotageakte dem Auslande einen revolutionären Charakter verleihen wollen. Der Präsident der Republik hatte mit dem Ministerpräsidenten eine Unterredung über die Lage.

Die Schreckensherrschaft in Petersburg.

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli. (Helsingfors).
Der entsetzliche Terror hält weiter in Petersburg an, dessen Räumung fort dauert. — 1800 Personen sind im Verlauf der Wiedereinnahme von Krasnaja Gora erschossen worden.

Tschechische Kabinettsstürze.

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli. (Prag).
„Pravda“ meldet, daß gestern nach Eintreffen von der telegraphisch gegebenen Demission des Ministerpräsidenten Kramarica die gesamte Regierung zurückgetreten ist. Tuzar ist vom Präsidenten Masaryk mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt worden.
Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli.
„Rever“ veröffentlicht eine Unterredung mit Tuzar, der mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt ist. Dieser sagte über die Absichten der neuen Regierung, daß die Grundlage der auswärtigen Politik weiterhin das Bundesverhältnis zu den Westmächten bleiben werde, wofür schon die Zugehörigkeit Dr. Benes zum neuen Kabinettsbürge. Das Verhältnis zu Österreich werde er sich vor der Grundlage wirtschaftlicher Beziehungen. In der inneren Politik werde sich die neue Regierung entschieden für eine Entwicklung in demokratischem Sinne einsetzen.

Waffenstillstand der Frankfurter Eisenbahner.

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli. In einer heute Nachmittag stattgefundenen Massenversammlung der streikenden Eisenbahner wurde beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Dazu wurde auf Grund der von den Vertrauensleuten in verschiedenen Vorversammlungen gefassten Beschlüsse eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: Der Abbruch des Streiks wird empfohlen. Die Forderungen werden aufrechterhalten, besonders das Verlangen nach dem Rücktritt als innere Betriebsbeurteilung. Die gesamte Kolonnenkraft wird aufgefordert, sich für die Einheitsaktion bereit zu halten. Der Öffentlichkeit erklärt die Versammlung: Feierlich sprechen die Streikenden ihren Entschluß aus, daß der Streikabbruch nur ein Waffenstillstand sein wird, falls das Ministerium nicht innerlich zu einer Verständigung die Hand bietet. Ein neuer Streik wird den gesamten Staatsbahnbetrieb erfassen. Die Streikenden erklären ferner: Jeder Versuch und jede Maßnahme der Verwaltung, die am Streik beteiligten Arbeiter, Hilfsbeamten und Beamten zu mahnen, d. h. sie von ihren Dienststellen ohne ihre Einwilligung zu verweisen, sie zu entlassen oder sonst irgendwie zu schädigen, wird mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zurückgewiesen. Wir warnen auch die öffentlichen Gewalten, aus Anlaß von Streikhandlungen irgend welche Strafmaßnahmen einzuleiten. Der Verkehr wird sofort wieder aufgenommen.

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli. Die auskündigten Eisenbahner haben in einer heute Nachmittag abgehaltenen Versammlung die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Was geschieht mit den Beschuldigten?

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli. Nach einer Ankerdamer Meldung berichtet die Associated Press aus London, die Holländer würden den früheren deutschen Kaiser anklagen. Das britische Ministerium habe bereits die Zustimmung erhalten, daß gegen die Auslieferung kein Widerstand geleistet werden würde.

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli. „Der Kaiser“ wird wahrscheinlich ein Haus in der Nähe von London als Aufenthaltsort angewiesen erhalten. Er wird während des Prozesses von einer bewaffneten Wache bewacht und jedesmal nach London geleitet werden. Man wird dem Kaiser erlauben, sich von einem deutschen Advokaten verteidigen zu lassen. Ein britischer Anwalt wird nach den Niederlanden geschickt werden, um den Kaiser nach England zu bringen. Falls er schuldig befunden würde, soll er verbannt oder unter die Aufsicht des Völkerbundes gestellt werden.

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli. Wie die Abendblätter melden, sandte Prinz Eitel Friedrich an den König von England ein Telegramm, in dem er erklärt, sich mit seinen jüngeren Brüdern in Ausübung selbstverständlicher Sohnen- und Pflichtenpflicht anstelle des Kaisers für den Fall der Auslieferung zur Verfügung zu stellen, um ihm hierdurch den entsetzenden Gang zu ersparen.

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli. Wie die Berliner „Zeitung“ nach einer Londoner Meldung wissen will, würden die deutschen Offiziere, die für die Verbrechen von Löwen verantwortlich seien, zum Tode verurteilt werden, ebenso die Unterleutnantskommandanten, die Hospitalisier verurteilt hätten. Die Aburteilung geschähe durch ein englisches Gericht. In den Fällen, wo es sich um Verbrechen gegen Strafgelassene verschiedener Staaten handle, trete ein gemischtes Kriegsgericht zusammen, das ebenfalls seinen Sitz in London habe. Der Kaiser und der Kronprinz würden nicht zum Tode verurteilt, sondern mit lebenslänglicher Verbannung auf eine Insel bestraft werden.

Nach der Ratifikation?

Dr. Herr v. Versalles, 6. Juli. Mehrere Berliner Blätter berichten aus Paris: Dem Vertreter eines Pariser Blattes gegenüber erklärte der französische Generalinspektor, die normale Postverbindung mit Deutschland würde nach der Ratifikation des Friedensvertrages nicht hergestellt werden. Deutschland werde größere Bewegungsfreiheit in dem Maße eingeräumt, als es seine Verbindlichkeiten erfülle. Es werde jedoch grundsätzlich die Zensur und das Waffenstillstandsregime auf unbestimmte Zeit weiterdauern.

In Weimar beriet am Samstag das Kabinet über die Ratifizierung des Friedensvertrages. Die Verhandlungen im Plenum über die Ratifizierung werden voraussichtlich am Mittwoch beginnen. Es werden dazu Ministerpräsident Bauer und der Reichsminister des Auswärtigen, Müller, sprechen. Letzterer wird sich vor allem mit der Rede des Ministers Lord George im Unterhause beschäftigen. Der Ministerpräsident wird eine programmatische Rede halten. Der Gesetzentwurf über die Ratifizierung des Friedensvertrages ist der Deutschen Nationalversammlung ausgegangen.

Gegen die R. R.-Gründung.

Die Rheinische Zentrumsparlei gegen Dorten und Konforten.

Die Rheinische Zentrumsparlei erläßt folgenden, von ihrem Beirat einstimmig beschlossenen Aufruf:
„Seit dem Abbruch des Krieges ist in den Rheinlanden die Frage der Errichtung einer westdeutschen Republik lebhaft erörtert worden. Auch jetzt nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages ruht sie nicht. Die Zentrumsparlei verkennt das Berechtigte an diesen Bestrebungen keineswegs und ist fest entschlossen, dem bei der Neugestaltung der Verfassung und bei dem Wiederaufbau des Reiches Rechnung zu tragen. Am gegenwärtigen Augenblick aber muß vor allem Schritten zur staatlichen Verleibhandlung der Rheinlande ohne Rücksicht auf die rheinische Parteileitung mit größtem Nachdruck erwartet werden. Ein solches Vorgehen würde jeder Parteileitung widersprechen. Die Partei selbst spaltet und ihren Bestand gefährdet; es wäre auch außerordentlich verhängnisvoll für die gesamte Rheinische Bevölkerung und für das Reich. Ein solcher Schritt würde die ordnungsmäßige Verleibhandlung der Verfassung, die unmittelbar bevorsteht, beeinträchtigen und damit insbesondere auch wichtige Kulturinteressen gefährden, die gerade die Befürworter der Rheinischen Republik von dieser erwarten. Zweifelslos würde eine einseitige Proklamierung eines Rheinischen Freistaates im gegenwärtigen Augenblick die Gefahr schwerer sozialer Unruhen, Streiks, ja sogar die Gefahr eines Bürgerkrieges hervorrufen. Die Rheinische Bevölkerung könnte dadurch unter Umständen ein Eingreifen der Besetzungsmächte selbst veranlassen. Wenn überhaupt den Rheinlanden durch die Errichtung eines selbständigen Freistaates Annehmlichkeiten oder Erleichterungen irgendwelcher Art verschafft werden könnten, geschähe es auf Kosten des übrigen Deutschlands und des Zusammenhanges der Rheinischen Lande mit dem gesamten deutschen Vaterlande. Das ist derartiges weit von uns weisen müssen, ist für jeden Deutschen ohne weiteres klar. Wir verkennen keineswegs die großen Schäden und Opfer, welche der Rheinischen Bevölkerung, namentlich der Landwirtschaft, aus der Besetzung entstehen. Die Entschädigungspflicht ist von Reich und von den Einzelstaaten anerkannt worden und wird auch erfüllt werden. Die Abgeordneten der Zentrumsparlei sind dafür einsetzend und werden es auch in der Folge mit allem Nachdruck tun. Anstatt dieser Lage bitten wir unsere Rheinischen Parteileitungen nachdrücklich, von einer weiteren Werbung für eine selbständige staatliche Verleibhandlung der Rheinlande Abstand zu nehmen. Die entscheidende Stellungnahme zu dieser Frage muß der Gesamtpartei vorbehalten bleiben. Diese wird erfolgen auf dem für den 4. bis 6. August einberufenen rheinischen Parteitag. Parteifreunde! Folgt geschlossen dieser Parole. Wohlet die Einigkeit der Partei! Bedenkt den Ernst der Stunde und unsere Verantwortung für die Zukunft.“

Köln, 28. Juni 1919.

Der Beirat der Rheinischen Zentrumsparlei.

Abgeordneter Geheimrat Karl Trimborn, Vorsitzender; Geh. Justizrat Dr. Karl Bachem, Wiesbaden; Abgeordneter Blum, Landesökonomierat Bollig, Abgeordneter Dr. Braun, Abgeordneter Geheimrat Eberhard, Gerichtsrat Marx, Justizrat Hannig, Frau Schmidt, Mühl, Fräulein Abgeordnete Tenich, Fräulein Dieckmann.

Donau bemerkt die „Kölnische Volkszeitung“:

„Wir glauben, versichern wir können, daß innerhalb der Rheinischen Zentrumsparlei, besonders nicht in Köln, irgend jemand daran denkt, einen Schritt zur staatlichen Verleibhandlung der Rheinlande“ zu tun. Die Zeit ist verstrichen. Ueber die Gestaltung des Rheinlandes werden jetzt andere Nachbader entscheiden.“

Welche „Nachbader“ meint die „Kölnische Volkszeitung“? Die französische Besatzungsbehörde hat ihre Neutralität erklärt und sich auch peinlich bemüht, sie gegenüber dieser inneren deutschen Angelegenheit zu wahren. Es bleiben also nur die abgetrennten parlamentarischen Vertretungen und im Notfall das Volk selbst. Und diesen Nachbader soll ja — das haben wir von allem Anfang an verlangt — die Gestaltung des Rheinlandes überlassen bleiben. Ob sie die derzeitige Gestaltung ändern werden, ist noch sehr die Frage. Nebenfalls führt der „Legale“ Weg nur durch die Verhandlungstische der Volksvertretungen Deutschlands und der in Mitteleuropa angeordneten Gliedstaaten. Wenn die Herolde der Abtrennungspartei, insbesondere die „Kölnische Volkszeitung“ und die „Rheinische Volkszeitung“, jetzt immer auf den legalen Weg verweisen und für sich in Anspruch nehmen, diesen immer beibehalten zu haben, so ist das eine Heuchelei. Sie beide haben sich aufs eifrigste bemüht, die für den 1. Februar d. J. in Köln beabsichtigte ungesetzliche Proklamierung des Westdeutschen Freistaates durchzusetzen. Es ist ihnen mißlungen. Dann haben dieselben beiden Blätter, die in der Zwischenzeit an innerer nationaler Verheerung das Rheinische Lande gelitten hatten, der ebenso ungesetzlichen Proklamierung vom 1. Juni in Wiesbaden zu. Erst als auch dieser illegale Versuch an dem gescheiterten, tatkräftigen Widerstand der gesamten Volksmacht gescheitert war, da rückten beide Blätter, zuerst die Kölnische, dann die Wiesbadenerin, ab. Freilich nicht von dem Gedanken überhaupt, sondern lediglich von der Dortmunder Gründung, die, mit dem Fluche der Väterlichkeit belastet, sich ihr eigenes Grab

Druck u. Verlag der Wiesbadener Zeitungs-Anstalt G. m. b. H.



HAWA

Dreschmaschinen

Gediegene Bauart — Reiner Drusch
Gute Sortierung — Geringer Kraftbedarf

HANNOVERSCHE WAGGONFABRIK-AKT.GES.

HANNOVER-LINDEN

Nassauisches Landestheater.

Montag, 7. Juli, abends 6.30 Uhr. (Vollständ. Werk. 4. Abend.)

Operette
Trauerspiel in 3 Akten von H. Heine nach der Uebersetzung von Schlegel-Lied.
Der Doge von Venedig Hans Modius
Brabantio, Senator Walter Jolin
Gratiano Georg Wittmann
Desdemona Gullan Schwarz
Verwandte des Brabantio
Cassio, Heide Franz Everth
Cassio, sein Leutnant Fritz Krennemann a. B.
Iago, sein Schurke Arthur Schind
Rodrigo, ein junger Venezianer Hermann
Montano, Statthalter von Cyprien Walter Steinbock
Ein Kastrat Adolf Seelig
Desdemona, Brabantios Tochter Jung. v. Hansen
Emilia, Iagos Frau Marg. Ruhn
Senatoren, Bediente, Offiziere, Kastraten, Gefolge, Volk.
Ende circa 9.30 Uhr.

Residenz-Theater.

Operetten-Spektakel. Direktor: Robert Kappler. Abends 7.30 Uhr.

Die feurige Zigarre.
Operette in 3 Akten nach dem französischen von Georg Clontowski.
Musik von Jean Wilbert.
Spielt: Hans Herbert Richter, Musikal. Leitung: Kapellm. F. Freudenberger.
Baron Comar des Andros, Privat geleiteter Hans Herbert Richter
Delphine, seine Frau Charlotte Dase
Jacqueline Lucie Falowert
Hubert Karl Labero
Herrn Rinder
Herrn Volkmann, Leutnant Maxim Hoff
Herrn, Kommandant Edgar Buge
Zigaren, seine Frau Hilma Warbach
Choreograph, Privatgelehrter Hubert Duna
Hofe, seine Frau Karl Haufe
Alexis, Oberkellner H. H. Diecke
Umke, Piccolo H. Seybold
Maritzke, Kammerjungfer Agnes Siegmund
Herrn Heinz Gröbner
Herrn Edoard Klein
Herrn Ludwig Scherer
Herrn Son. Pöfel
Herrn Fritz Klein
Gäste, Mitglieder der Akademie, Studenten, Herren u. Damen der Gesellschaft.
Ende 10.15 Uhr.

Schlangenbad.

Vollk. Kur.

Staatsbahnhaltestelle Elville a. Rh. Gute Kleinbahnverbindung.
Neuzeitlich eingerichteter Kurort des Taunus, mitten im Walde gelegen. Neun warme Quellen.
Heilwirkend bei Nervenleiden, Frauenleiden, Verwundungen und deren Folgen, Erschöpfungszuständen, Teint-Fehlern.
Die Verpflegung ist geregelt. Drucksachen und Auskünfte durch den Verkehrsverein. [D. 95]

Bekanntmachung,

betreffend Höchstpreise für Schlachtpferde.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Preisermittlung vom 25. Sept. 1915 (M. G. Bl. S. 697), vom 4. November 1915 (M. G. Bl. S. 728) und vom 6. Juli 1916 (M. G. Bl. S. 673), des Höchstpreises vom 4. August 1914 (M. G. Bl. S. 610) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (M. G. Bl. S. 516), der Verordnung über Pferdefleisch und Schlachtwurst vom 22. Mai 1919 (M. G. Bl. S. 467) nebst der Ausführungsanweisung des Reichs-Staatskommissars für Volksernährung vom 5. Juni 1919 wird für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden folgendes verordnet:

§ 1. Der Ankauf von Pferden zur Schlachtung ist vom 1. Juli ds. Js. ab nur den Kommunalverbänden gestattet. Zur Schlachtung bestimmte Pferde dürfen nur an Kommunalverbände abgegeben werden.

Vom gleichen Zeitpunkt ab darf der Preis für Schlachtpferde ab Stalk des Verkäufers nicht übersteigen:

- 1) bei gut genährten Pferden M. 80.—
- 2) bei mittel genährten Pferden M. 65.—
- 3) bei gering genährten Pferden M. 55.—

§ 2. Die in dieser Bekanntmachung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. Aug. 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (M. G. Bl. S. 25), 23. März 1915 (M. G. Bl. S. 154) und vom 22. März 1917 (M. G. Bl. S. 233).

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden nach den einzelnen erwähnten Bestimmungen mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu M. 1000.— oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Außerdem werden Schlachtpferde, die entgegen den in dieser Bekanntmachung enthaltenen Bestimmungen veräußert werden, sowie Fleisch und Schlachtwurst, die etwa daraus hergestellt worden sind, zu Gunsten des Kommunalverbandes durch diesen ohne Zahlung einer Entschädigung für verfallen erklärt, ohne Unterschied, ob sie dem Käufer abgeben oder nicht.

§ 4. Diese Bekanntmachung tritt mit der Veröffentlichung in Kraft.

Krankfurt a. M., den 21. Juni 1919.

Bezirksleiterstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Der Vorsitzende.

Kurhaus Wiesbaden.

Montag, 7. Juli.

Nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ - 6 Uhr:

Abonnementskonzert

Städtisches Kurorchester.

1. Ouvertüre zu „Turandot“
2. Chor u. Arie a. d. Op. „Der Postillon von Longjumeau“
3. Erinnerung an C. M. v. Weber
4. Andante H. Vieuxtemps
5. Ouvertüre zu „Tancred“
6. Ein Wort, Lied f. 2 Tromp.
7. Polpourri aus der Operette „Die schöne Helena“

Abends 8 $\frac{1}{2}$ - 10 Uhr:

Abonnementskonzert

Städtisches Kurorchester.

1. Ouvertüre zu „Russian und Ludmilla“ Glänske
2. Zwei slavische Tänze
3. Angelus f. Streichorchester
4. Waldmährchen, Walzer
5. Allegro resolute aus op. 23
6. Ouvertüre zu „Phädra“
7. Fantasie aus der Oper „Die verkaufte Braut“



Paul Rehm, Zahn-Praxis
Friedrichstrasse 50, I.

Zahnschmerzbehandlung, Zahnziehen, Nervtötungen, Plombieren
Zahnregulierungen, Künstl. Zahnersatz in div. Ausführungen u. A. M.
Sprechstunden: 9-6 Uhr. — Telefon 3118.
Dentist des Wiesbadener Beamtenvereins.
„Kriegsbeschädigte unter besonderen Bedingungen.“

Kronen und Brücken Sprechst. 9-1 u. 3-5
Kiefer- u. Zahnregulierungen Telefon 6564

Zahn-Arzt Johannes Groth

Ancien Professeur ordin. et chef de clinique
à l'Ecole et au Dispensaire Dentaires Belges
à Bruxelles.

Nur Privatpraxis.
Vorherige Anmeldung erwünscht.
Wiesbaden Gr. Burgstr. 14, I.

Für die Einkochzeit!

Einkochapparate

verzinkt und emailliert,

Einkochgläser

mit Deckel und Gummi,

Spargelgläser

Einmachhafen

zum Zubinden,

Steinzeugtöpfe

braun und grau glasiert.

Blumenthal.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des
Schweinehändlers Heinrich Versager zu Schierstein a. Rh. hat
der Gemeindefiskus einen Antrag auf Aufhebung des Konkurs-
verfahrens gestellt. Dieser Antrag und die zustimmenden Er-
klärungen der Gläubiger sind auf der Gerichts-Schreiberei nieder-
gelegt.

Wiesbaden, den 1. Juli 1919
Das Amtsgericht, Abteilung 17. (M. 701)

Telefon
2207

Kohlenhandlung

Telefon
3365

Karl Weygandt

empfiehlt sich bei Ausgabe der

neuen Kohlenkarten

zur Lieferung von allen Sorten

Kohlen - Koks - Briketts und Anthracit.

Büro: Yorkstrasse 3.

Lager: Westbahnhof.

Hochschule für kommunale Verwaltung in Düsseldorf.

Vorbereitung

für den höhern Kommunaldienst

Prüfung unter staatlicher Leitung

Diplom (Dipl. H. K. V. D.)

Studiendauer 1 $\frac{1}{2}$ Jahr, bei Vorbildung 1 Jahr.

Drucksachen kostenlos vom Sekretariat, Kunstpalast (Hauptportal)

Offene Stellen

Ordentl. Dienstmädchen

bei guter Behandlung gesucht.

Blodt, Kaff. Friedr.-Ring 44.

Tüchtiges Mädchen,

welches kochen kann oder ein-
fach bei gutem Lohn gesucht.

Dauerm. vorhanden. Gr. Burg-
strasse 12, 2.

Tücht. zuverl. Mädchen,

bei hohem Lohn sofort gesucht

Wagnerstr. 12, 2. Et.

Beiköchin,

die mit der einfachen häus-
lichen Küche vertraut ist, bei

hohem Lohn für sofort gesucht

Hotel Hofe.

Gesucht 4. 15. Juli e. lina.

angehende Köchin

welche auch Hausarbeit übern.

Valentinstr. 29.

Tüchtiges Mädchen

bei hohem Lohn in kleinen

Haushalt gesucht.

Neuborferstraße 6, 2. Et.

Krankheitsfaller aus liebten

zum sofortigen Antritt ein

tüchtiges Mädchen

gesucht für Küche und Haus-

arbeit. Frau S. W. Pfahler,

Hierstadter Straße 1.

Kauf-Gesuche

2 Reliefs aus Privatband gegen

hohen Preis zu kaufen gesucht.

Wagmann

Saalgasse 26.

2 Reliefs aus Privatband gegen

hohen Preis zu kaufen gesucht.

Wagmann

Saalgasse 26.

2 Reliefs aus Privatband gegen

hohen Preis zu kaufen gesucht.

Wagmann

Saalgasse 26.

2 Reliefs aus Privatband gegen

hohen Preis zu kaufen gesucht.

Wagmann

Saalgasse 26.

Unterricht

Mainzer Pädagogium

Mainz,

Kaiser Friedrichstrasse 25.

Vorbild. f. einj. Obersekun-

da, Gym u. Abitur, auch i-

Dom. Tages- u. Abendkurse.

Aug. 1917 u. Febr. 1918 be-

standen sämtl. Schüler der

Tages- Volksschüler

erlangten nach kaum einj.

Vorbereit. d. einj. Freim.

Zeugnis und die Befreiung für

Obersekunda. Prosp. frei.

Sprechstund. 11-12 Uhr.

Herrnsprecher 3173. [M. 1338]

Verschiedenes

Dr. v. Herff

Praxiswohnung

jetzt

Wilhelmstr. 58 I.

Sprechst. 3 $\frac{1}{2}$ - 4 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Celluloid-

Spangen

repariert

Damen-

Friseur Dette

Michelsberg 6.

Rohr-Stühle

werden gut geflochten.

Bestellungen werden annehm-

men Dohb. Str. 80. Tel. 3806.